

LAND TAGS KURIER



Seite 3:
Wirtschaft und
Gesellschaft in der
Corona-Pandemie



Seite 12:
Neuer Präsident des
Verfassungsgerichts-
hofes gewählt



Seite 16:
Schulausschuss hört
Sachkundige zum Volks-
antrag an

Ausgabe
4.20



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die Corona-Pandemie beschäftigt nach wie vor unser Land und die sächsische Politik. Die vergangenen beiden Sitzungen des Sächsischen Landtags zeugten mit ihren Debatten davon, ob nun mit Blick auf die Grenzen in Europa, den sozialen Schutz in unserer Gesellschaft oder unsere sächsische Wirtschaft. Wir alle kehren mit großen Schritten in die Normalität zurück. Gleichwohl müssen und sollten wir wachsam bleiben, die Gefahr, die noch immer von der Pandemie ausgeht, nicht zu unterschätzen. Während für die meisten Menschen das Alltagsleben wieder begonnen hat, sind viele Unternehmen und Selbstständige unverändert von der Pandemie und ihren Nachwehen betroffen. Neben den Familien stehen deshalb besonders sie im Zentrum der politischen Maßnahmen in Bund und Ländern. Was getan wird und was getan werden soll, das diskutierten die Abgeordneten teils kontrovers, teils recht einmütig. Im neuen Heft des Landtagskuriers äußere auch ich mich ausführlich zur Arbeit des Landtags während der Pandemie.

Mit der 10. und 11. Plenarsitzung ist der Sächsische Landtag mit allen Abgeordneten – unter Beachtung des Gesundheitsschutzes – an seinen angestammten Tagungsort zurückgekehrt. Wir nutzen fortan auch Teile der Besuchertribüne sowie sonstige freie Bereiche im Plenarsaal, um zwischen den Abgeordneten die nötigen Abstände einzuhalten. Die Politik kann nicht nur Verordnungen zur Hygiene erlassen. Wir müssen diese Dinge auch selbst leben. Und das macht vor der Sitzordnung und dem Verhalten im Parlament nicht halt. Die Vollversammlung des Landtags war besonders am ersten Sitzungstag unerlässlich. Zur Wahl des Präsidenten des Rechnungshofes sowie bei mehreren Wahlen von Mitgliedern des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes, darunter des Präsidenten, benötigten die Vorschläge eine Zweidrittelmehrheit. Das macht diese Wahlen so speziell und erfordert einen sehr breiten parlamentarischen Konsens. Der Sächsische Landtag hat dabei seine Wahlfunktion abermals sehr gut erfüllt. Die Wahl einer Vielzahl von Personen, darunter des Ministerpräsidenten sowie des Landtagspräsidenten, ist schließlich neben der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung eine herausragende Aufgabe unseres Parlaments.

Dr. Matthias Röbner
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

10. Sitzung des Sächsischen Landtags
Rückkehr zu einem Europa der offenen Grenzen
BÜNDNISGRÜNE fordern Ende der Grenzschließungen
im Schengen-Raum 4
10. Sitzung des Sächsischen Landtags
Hilfsangebote für Helfende
SPD thematisiert die Not sozialer Einrichtungen 5
11. Sitzung des Sächsischen Landtags
Mit Nachhaltigkeit aus der Krise
Staatsregierung setzt beim Konjunkturprogramm
auf Umweltschutz 6
11. Sitzung des Sächsischen Landtags
Soforthilfen mit Langzeitwirkung
CDU will Wirtschaft mit Entlastungen
wieder in Schwung bringen 8
11. Sitzung des Sächsischen Landtags
Versorgungssicherheit bei kritischen Gütern
Corona-Pandemie und globale Lieferketten 10
11. Sitzung des Sächsischen Landtags
Dialogangebote in alle Richtungen
DIE LINKE kritisiert Auswahl der Gesprächspartner
des Ministerpräsidenten 11

PARLAMENT

- Neuer Präsident am Verfassungsgerichtshof**
Dr. Matthias Grünberg tritt die Nachfolge
von Birgit Munz an 12
- Rechnungshof bekommt neuen Präsidenten**
Jens Michel wird im kommenden Jahr
Sachsens oberster Haushaltsprüfer 13
- Laufende Gesetzgebung** 14
- Ring um das gemeinsame Lernen**
Ausschuss für Schule und Bildung hört sich
Expertenmeinungen zur Gemeinschaftsschule an 15

AKTUELLES

- »Das Parlament handelt auch in schwierigen Zeiten«
Interview mit Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner 18
- Ankündigung des Schülerkalenders 2020/2021** 20

SONDERTHEMA

- 30 Jahre Freistaat Sachsen – Ringen um die neue Macht** 21

SERVICE

- Weitere Informationen** 24

Offene Grenzen, Schutzschirm für Soziales, einheimische Produktion, Bürokratieabbau, Corona-Demo

// Landtagslobby während der Wahl von stellvertretenden Mitgliedern
des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes // Foto: J. Männel

// Nach einer verkürzten Plenarsitzung im März und einer Sondersitzung im April kam der Sächsische Landtag am 10. und 11. Juni 2020 wieder an zwei aufeinanderfolgenden Tagen zusammen. Auf der Tagesordnung der 10. und 11. Plenarsitzung standen mehrere Debatten zu den Folgen der Corona-Pandemie. Zusätzlich zu fünf Aktuellen Debatten gab Umwelt- und Landwirtschaftsminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE, eine Fachregierungserklärung ab. //



// Katja Meier // Fotos: J. Männel

Dr. Daniel Thieme

Rückkehr zu einem Europa der offenen Grenzen

BÜNDNISGRÜNE fordern Ende der Grenzsicherungen im Schengen-Raum

Europas große Errungenschaft

Lucie Hammecke, BÜNDNISGRÜNE, begann mit einem Blick in die Geschichte. Europa feiere in diesem Jahr ein Vierteljahrhundert Reisefreiheit. Mitten in Europa liegend, sei Sachsen durch seine Grenzregionen geprägt. Doch die Corona-Krise habe das Selbstverständnis eines europäischen Alltags ohne Grenzen erschüttert. Man müsse daher zur Normalität zurück und den Grenzverkehr wieder dauerhaft ermöglichen.

Marko Schiemann, CDU, verteidigte die Grenzsicherungen in der Pandemie. Man habe schnell reagiert und nur so sei es gelungen, Infektionsketten zu unterbrechen. In keiner Weise beeinträchtigte dies aber die guten Beziehungen mit Sachsens Nachbarländern. Man müsse jetzt und auch danach zusammenhalten. In Krisenzeiten biete es sich an, dem Subsidiaritätsprinzip zu folgen.

Grenzsicherung mit Folgen

Sebastian Wippel, AfD, erklärte, die polnische Regierung habe sehr wohl das Recht, ihre Grenze zu kontrollieren. Sie musste es in der Pandemie geradezu tun, da Deutschland zu spät reagiert habe. Allerdings sei die Abfertigung schlecht organisiert gewesen. Die

// Auf Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE debattierte der Sächsische Landtag auf seiner 10. Sitzung am 10. Juni 2020 zum Thema »Nachbarschaft und Miteinander stärken – Grenzen innerhalb Europas wieder öffnen«. //

Grenzsicherungen hätten den persönlichen Austausch sowie den Waren- und Pendlerverkehr getroffen. Positiv sei der Rückgang der grenzüberschreitenden Kriminalität.

Was passiert, wenn Grenzkontrollen in Europa wieder eingeführt würden, habe man vor Himmelfahrt zwischen Dresden und Görlitz sehen können, warnte Marika Tändler-Walenta, DIE LINKE. Damals steckten polnische Arbeitskräfte bis zu 18 Stunden in einem Stau fest. Wenn die tschechische Seite jetzt die Grenzen wieder öffne, dann bringe dies gewohnte Normalität zurück.

// Lucie Hammecke



Zusammenarbeit beim Gesundheitsschutz

Hanka Kliese, SPD, erinnerte daran, dass Europa für einen jahrzehntelangen Frieden nach Ende des Zweiten Weltkriegs stehe. Die Wiederherstellung des Schengen-Raums sei enorm bedeutsam. Man müsse aber auch einsehen, dass die Pandemie noch andauere. Daher forderte Kliese im Zuge der Grenzöffnungen eine intensivere Zusammenarbeit beim Gesundheits- und Pandemie-schutz. Eine Chance für die Umsetzung sei hier eine freiwillige europäische App zur Nachverfolgung von Infektionen.

Zum Ende der Debatte sprach die Justiz- und Europaministerin Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE. Sie kritisierte, dass die europäischen Regierungen in der COVID-19-Pandemie alte Grenzen hochgezogen und sich damit gegen eine europäische Lösung entschieden hätten. Ein Zeichen der Solidarität sei es hingegen gewesen, dass Sachsen auf dem Gipfel des Infektionsgeschehens Patienten aus Italien und Frankreich aufgenommen habe.

10. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Alexander Dierks

Dr. Daniel Thieme

Hilfsangebote für Helfende

SPD thematisiert die Not sozialer Einrichtungen

// Die zweite Aktuelle Debatte der 10. Sitzung beschäftigte sich mit dem Thema: »Schutzschirm für soziale Einrichtungen und Initiativen: Wie unsere Gesellschaft auch in und nach der Corona-Zeit stark bleibt«. Angemeldet hatte sie die SPD-Fraktion. //

Gewachsene Strukturen erhalten

Simone Lang, SPD, mahnte zu Beginn der Debatte, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt aktiv gestaltet werden müsse. Umso schmerzhafter sei es, wenn im Zuge der Corona-Pandemie Hilfsangebote wegbrechen würden. Auf Bundesebene habe man unkompliziert und schnell sozialen Dienstleistern geholfen. In Sachsen reiche man Fördergelder wie geplant aus und helfe denen, die bisher von keinem Programm erfasst würden.

Die soziale Marktwirtschaft habe sich in der Pandemie bewährt, weil sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt beachte, sagte Alexander Dierks, CDU. Die soziale Landschaft leiste einen wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung. Daher habe man Schutzschirme für Jugendübernachtungsstätten oder auch Tierheime geschaffen. Das Ziel dabei sei gewe-



// Simone Lang // Fotos: J. Männel

sen, gewachsene Strukturen zu erhalten. Den eigentlichen Wert sozialer Einrichtungen erkenne man schließlich erst, wenn sie fehlten.

Mehr Bedarf, zu wenig Geld

Die Corona-Krise werde langfristige Spuren hinterlassen, prophezeite Doreen Schwietzer, AfD. Soziale Einrichtungen würden aus diesem Grund weiter an Bedeutung gewinnen. Fraglich sei jedoch, ob die angekündigten Hilfen ausreichten. Sie kritisierte, es stünde zu wenig Geld bereit und das geforderte Hygienekonzept koste viel Zeit. Notwendig sei es deshalb, die Regeln zu vereinfachen.

Anna Gorskih, DIE LINKE, wies darauf hin, dass der Kitt der Gesellschaft bröckeln würde,

wenn es keine öffentlichen Gelder für Vereine, Jugendhilfe oder Demokratieprojekte gebe. Das Rückgrat der Demokratie drohe dann kaputtzugehen. Soziale Einrichtungen müssten in den Krisenzeiten unbedingt geschützt und erhalten werden. Anders als privatwirtschaftliche Unternehmen könnten Vereine zudem nur begrenzt Rücklagen bilden.

Hilfen bereits bewilligt

Die Landesregierung habe wichtige Weichen gestellt, hielt Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, fest. Es seien Fördermaßnahmen im Rahmen des Ermessens ausgelegt und damit die Liquidität der sozialen Einrichtungen erhalten worden. Man habe zudem Eigenanteile senken und Ausfallkosten übernehmen können. Die Landesverwaltung sei von einer Kontrollinstanz stärker zur Beratung und Begleitung übergegangen.

Petra Köpping, SPD, Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, lobte den geschaffenen Schutzschirm. Bisher lägen 85 Anträge vor, davon seien 55 bereits bewilligt worden. Die geführte Debatte zeige, dass in großen Teilen die Notwendigkeit der Schutzschirme erkannt wurde. Ihr sei daher vor den anstehenden Haushaltsverhandlungen nicht bange.



Dr. Daniel Thieme

// Daniela Kuge, Dr. Matthias Rößler, Norbert Mayer
(10. Sitzung) // Foto: J. Männel

11. Sitzung des Sächsischen Landtags

Mit Nachhaltigkeit aus der Krise

Staatsregierung setzt beim Konjunkturprogramm auf Umweltschutz

Staatsregierung: Potenziale nutzen

Wenn nach der Pandemie die Konjunktur wieder zulege, habe man die Chance, Ressourcen zu schonen und für einen sozialen Ausgleich zu sorgen, bekräftigte zu Beginn der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Wolfram Günther, BÜNDNIS-GRÜNE. Es sei angezeigt, jetzt die enormen Potenziale der Energie- und Umweltpolitik deutlich entschlossener als bisher zu nutzen. Das schaffe

// Die Tagesordnung der 11. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags am 11. Juni 2020 sah zu Beginn eine Fachregierungs-erklärung vor. Sie stand unter dem Thema »Corona-Krise und Klimakrise meistern – Mit einem Green New Deal Energie-wende, Klima- und Artenschutz voranbringen und zu mehr regionaler Wertschöpfung kommen«. //

Arbeitsplätze mit Zukunft und belebe die Konjunktur. Um die Folgen des Klimawandels, unter anderem Erderwärmung und veränderte Niederschlagsmuster, abzufedern, sei es notwendig, mittelfristig Strom und Wärme ohne Gas, Kohle oder Öl zu produzieren. Sachsen solle in jedem Fall ein Energieland

bleiben. Man habe sich vorgenommen, bis 2024 vier Terra-wattstunden Strom zusätzlich aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. In der Landwirtschaft müsse man die regionalen Produkte aus der Nische stärken und den Ökolandbau konsequent voranbringen.

AfD: Ausbau nicht um jeden Preis

Keine Schadstoffe mehr ausstoßen zu wollen, sei utopisch, befand Jörg Urban, AfD. Maximalforderungen lösten kein einziges Problem, sondern sie würden nur die Wirtschaft zerstören. Diese aber bilde das Fundament zur Finanzierung einer vernünftigen Umweltpolitik. Man dürfe die erneuerbaren Energien nicht um jeden Preis ausbauen. Sie seien bisher durchweg subventionsabhängig und blieben es hierzulande

// Lars Rohwer // Fotos: O. Killig

// Jörg Urban

// Marco Böhme

// Volkmar Zschocke

// Volkmar Winkler



auch. Zuerst benötigt würden jetzt wirtschaftliche und umweltverträgliche Lösungen. Es gehe auch anders, wie die weltweite Renaissance der Kernenergie zeige. Auch bei den Elektroautos handele man gegen eine überwältigende Mehrheit. Während die Förderung der Lade-Infrastruktur verdoppelt werde, entfielen nur ein Prozent der Neuwagenkäufe 2019 auf Elektroautos. Mit dem europäischen Green Deal stünde die nationale Konkurrenzfähigkeit auf dem Spiel, Millionen Arbeitsplätze seien gefährdet. Das Paket stelle ein Bündel von Zwangsmaßnahmen dar.

CDU: Menschen beim Klimaschutz einbeziehen

Lars Rohwer, CDU, betonte anfangs, um der Wirtschaft nach der Corona-Pandemie wieder auf die Beine zu helfen, seien klimabezogene Konjunkturmaßnahmen genau der richtige Weg. Investitionen in erneuerbare Energien seien der Schlüssel zu einer erfolgreichen Klimapolitik. Für die deutsche Industrie ließen sich dadurch neue Wertschöpfungsketten und -quellen erschließen. Man müsse aber vor ihrem Ausbau zunächst einmal über die Speicherung nachdenken. Beim jetzt angekündigten Green Deal sei es besser, von einem Bündnis zu sprechen, das miteinander und nicht von oben herab vereinbart und umgesetzt werde. Erfolgreicher Klimaschutz müsse die Menschen mitnehmen. Sie bräuchten keine weiteren Verschärfungen von Rechtsverordnungen oder zusätzliche Bürokratie. Unternehmer, Landwirte und Waldbesitzer dürften nicht überfordert werden, vielmehr habe man den Auftrag, sich konstruktiv für ihre Belange einzusetzen.

DIE LINKE: Ohne Sozialpolitik keine erfolgreiche Umweltpolitik

Aus der Corona-Pandemie könne man lernen, dass zu Naturkrisen, wie dem Klimawandel, auch immer öfter andere Krisen hinzukommen würden, sagte Marco Böhme, DIE LINKE. In vielen Bereichen der Gesellschaft gehe es jetzt um einen nachhaltigen Neustart. Dazu gehöre zunächst einmal die Erkenntnis, dass Menschen im Verkauf, im Pflegebereich oder im Freiwilligendienst mehr verdienen müssten. Schließlich könne es ohne Sozialpolitik keine erfolgreiche Umweltpolitik geben. In diesem Sinne müsse man die Gesellschaft sozial und ökologisch gestalten. Während im Bereich der erneuerbaren Energien heute 400 000 Menschen arbeiteten, seien es bei den fossilen Energieträgern 30 000. Diese würden bis zum Kohleausstieg weiterhin gebraucht, verlieren werde seinen Job dadurch jedenfalls keiner. Die Forderung nach einem Wiedereinstieg in die Kernenergie sei mit Blick auf eine Planungszeit von 20 Jahren, die Finanzierung sowie die Standortfrage abenteuerlich.

BÜNDNISGRÜNE: Übernutzung gefährdet wirtschaftliche Grundlagen

Volkmar Zschocke, BÜNDNISGRÜNE, verwies darauf, dass Krisen nicht an Ländergrenzen haltmachen. Ein Umsteuern müsse in eine europäische und globale Kooperation eingebettet sein und die beteiligten Menschen als Teil der Lösung verstehen. Notwendig seien beispielsweise Bündnisse zwischen Verbrauchern und regionalen Landwirtschaftsbetrieben. Ähnlich sei es bei der

Ressourcennutzung. In Sachsen könnten nachhaltige Produkte entwickelt werden, umweltschonend, abfallarm und wiederverwertbar. Umwelterstörung und Übernutzung bedrohten über kurz oder lang die wirtschaftlichen Grundlagen von Unternehmen. Beim angekündigten »Green New Deal« gehe es um nichts anderes als ein gutes Zusammenspiel von

widerstandsfähig werden. Beachte man zudem die sozialen Faktoren, gehe es um nichts weniger als eine sozialökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Die aktuelle Situation zeige, dass Politik und Gesellschaft bereit seien, enorme Anstrengungen gegen die Folgen der Krise zu unternehmen. Diese Schlüsse müssten nun auf den Umwelt-

Wenn wir nach Corona jetzt die Konjunktur beleben, besteht die vorrangige Aufgabe, dabei Ressourcen und Umwelt zu schonen.



// Wolfram Günther

11. Sitzung des Sächsischen Landtags

Natur, wirtschaftlicher Nutzung und biologischer Vielfalt. Umweltschutz sei kein Luxus, sondern wirke sich spürbar aus, wie etwa der Zusammenhang von Klimawandel und Fluchtbewegungen deutlich mache.

SPD: Fenster für strukturellen Wandel geöffnet

Die Krisen der vergangenen Jahre wiesen darauf hin, dass im globalen wachstumsbasierten System etwas falsch laufe, stellte Volkmar Winkler, SPD, fest. Man müsse daher ökologisch und ökonomisch

und Naturschutz übertragen werden, denn die ökologische Krise mache keine Pause. Die Corona-Krise öffne jetzt ein Fenster für einen strukturellen Wandel. In Sachsen könne man dies mit einem eigenen Konjunkturprogramm angehen. Möglich sei es, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, erneuerbare Energien auszubauen und die Flächenversiegelung zu senken.



www.landtag.sachsen.de



11. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Hartmut Vorjohann und Oliver Schenk im Gespräch // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

Soforthilfen mit Langzeitwirkung

CDU will Wirtschaft mit Entlastungen wieder in Schwung bringen

// Unter dem Titel »Corona als Chance des wirtschaftlichen Aufbruchs für Sachsen nutzen! Konjunktur durch geringere Steuern, weniger Bürokratie und Abgaben beleben!« befasste sich der Sächsische Landtag am 11. Juni mit einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Debatte. //

CDU: Investitionen tätigen

Man müsse sich in Zukunft fragen, was sich ändern und was gleich bleiben werde, was zu tun und was zu lassen sei, begann Jan Hippold für die CDU-Fraktion. Wichtig sei es, in der Nachkrisenzeit die Grundsteine für eine nachhaltige Wachstumspolitik zu legen. Dazu gehöre, dass der Freistaat die Aktivitäten des Bundes mit einem Mix aus kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen flankiere. Bei den Sofortmaßnahmen müsse man besonders jene Branchen unterstützen, die stark unter den Einschränkungen gelitten hätten. Es gelte zudem, die Wirtschaft und die Kommunen zu stärken sowie

zusätzliche Investitionen zu tätigen. Über Lohnzuschüsse für Selbstständige und die Anpassung von Vergaberegeln müsse man diskutieren. Potenziale gäbe es zudem beim Thema Digitalisierung, das etwa in Wirtschaft, Schule oder Verwaltung beitragen könne, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

AfD: Wirtschaftliche Freiheit statt Regulierung

Eine Debatte über Steuersenkungen und Bürokratieabbau sei längst überfällig, äußerte

sich Frank Peschel, AfD. Nach 30 Jahren CDU-Regierung werde etwa die Bürokratie immer unerträglicher. So dauere zum Beispiel der Ausbau der Autobahn von Nossen nach Bautzen lange 20 Jahre. Auch die Informationspflichten durch den Bund belasteten die deutsche Wirtschaft und kosteten Milliarden Euro. Es sei zu hoffen, dass die Corona-Zeit nun zu einem Umdenken führe. Aus der Wirtschaftskrise heraus helfe freies Unternehmertum, nicht staatliche Regulierung. Beispielsweise müsse sich die Elektromobilität allein am Markt durchsetzen. Innovatio-

nen entstünden aus wirtschaftlicher Freiheit. Dazu gehöre, dass unproduktive Unternehmen verschwinden und neue entstehen würden. Wichtig seien zudem niedrigere Steuern. Die Mehrwertsteuer solle dauerhaft gesenkt bleiben, die Grundsteuer ganz wegfallen.

DIE LINKE: Nicht alles bis ins Detail regeln

Im Kern sei man sich darin einig, das Wirtschaftsleben in Zeiten der Krise wieder zu beleben, führte Nico Brünler, DIE LINKE, aus. Unterschiedlicher Meinung sei man hingegen bei der Frage, welcher Weg der geeignetste sei. Ein Bürokratieabbau, der das Senken



// Jan Hippold



// Frank Peschel



// Nico Brünler



// Gerhard Liebscher



// Henning Homann

sozialökologischer Standards einschlieÙe, komme nicht infrage. Dennoch müsse nicht alles bis ins Detail geregelt sein. Aus Angst, irgendetwas zu übersehen, würden Förderrichtlinien immer länger und länger. Zwar habe es in der vergangenen Wahlperiode eine Kommission zum Bürokratieabbau gegeben; diese habe sich aber nur mit den Beziehungen des Freistaates zu den Kommunen beschäftigt. Es gebe auch Positives: Die Sächsische Aufbaubank habe in der Corona-Krise gezeigt, dass digitale Antragsverfahren und hohe Bearbeitungsgeschwindigkeit möglich seien und funktionierten. Die einzelnen Inhalte böten hingegen durchaus Anlass zur Kritik.

BÜNDNISGRÜNE: Auswirkungen unterschiedlich verteilt

Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, hielt zunächst einmal fest, dass Sachsen trotz der Krise im Vergleich mit anderen Ländern gut dastehe. Die Schwächen im System seien dennoch sichtbar, wie etwa die mangelnde Absicherung von Soloselbstständigen oder auch die schwache digitale Infrastruktur. Die Auswirkungen des Virus verteilten sich innerhalb der Gesellschaft unterschiedlich. Um zu verhindern, dass ein Riss zwischen Wohlhabenden und Ärmeren entstehe, bedürfe es Maßnahmen, die sich an Chancengleichheit und Selbstwirksamkeit orientierten. Ein zielgerichtetes Vorgehen sei dazu unerlässlich.

Das Geld dürfe nicht mit der Gießkanne verteilt werden. Unternehmen, die Boni oder Sonderzahlungen leisteten, sollten keine steuerfinanzierten Hilfen erhalten. Die angelegten Programme müssten sich auf zielgerichtete Investitionen konzentrieren und im Einklang mit nationalen Klimaschutzzielen stehen.

SPD: Veränderungen sozial gerecht gestalten

Henning Homann, SPD, verwies auf die Chancen, die in der aktuellen Krise zu finden seien. So könnte man die Situation für einen Innovationsschub in Gesellschaft und Wirtschaft nutzen, der dauerhaft Arbeitsplätze sichere. Zudem könne

man auch Unternehmen befähigen, den Strukturwandel noch entschiedener anzupacken. Das Konjunkturpaket des Bundes leiste dazu einen Beitrag. Es zeige, dass jetzt der Zeitpunkt für Investitionen in neue Technologien gekommen sei. Dies könne als Blaupause für Sachsen dienen, weiterentwickelt mit einem eigenen Programm und unter Maßgabe der sächsischen Wirtschaftsstruktur. Man müsse schauen, dass die krisenbedingten Veränderungen sozial gerecht gestaltet würden. Demokratien zeigten daran ihre Stärke, dass sie Lösungen für viele, anstatt nur höchste Profite für wenige böten. Richtig sei vor dem Hintergrund der sozialen Gerechtigkeit der auf Bundesebene vereinbarte Kinderbonus.

Staatsregierung: Gute Rahmenbedingungen schaffen

Finanzminister Hartmut Vorjohann, CDU, verwies auf geschätzt fünf Milliarden Euro, die bis zum Jahr 2024 an Steuereinnahmen im Staatshaushalt fehlen würden. Daher müsse man umdenken und den schweren Spagat zwischen sinkenden Einnahmen und Forderungen nach mehr Ausgaben meistern. Als die Umsätze mancher Unternehmen in der Krise auf null einbrachen, sei vor allem schnelles Handeln gefragt gewesen. Dank einer soliden Haushaltspolitik im Freistaat Sachsen konnte man jetzt zügig und unbürokratisch einen Schutzschirm aufspannen. Mit guten Rahmenbedingungen sei dafür zu sorgen, dass sich die Wirtschaft erholen könne und Arbeitsplätze gesichert würden. Denn Geld allein mache noch keinen Aufschwung, es müsse auch nachhaltige Wirkung entfalten. An einer hohen Investitionsquote im nächsten Doppelhaushalt solle man weiterhin festhalten.

Wir müssen umdenken und den schweren Spagat zwischen sinkenden Einnahmen und Forderungen nach mehr Ausgaben meistern.

// Hartmut Vorjohann



11. Sitzung des Sächsischen Landtags



Dr. Daniel Thieme

Versorgungssicherheit bei kritischen Gütern

Corona-Pandemie und globale Lieferketten

11. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Mario Beger // Fotos: O. Killig

// Auf Antrag der AfD-Fraktion debattierte der Sächsische Landtag am 11. Juni 2020 zum Thema »Abhängigkeit von Lieferketten reduzieren – essenzielle Grundgüter wieder in heimischer Produktion herstellen«. //

Mehr Produktion vor Ort

Zu Beginn der Aussprache zitierte Mario Beger, AfD, eine Konjunkturumfrage, nach der rund ein Viertel der Unternehmen in Sachsen über fehlende Zulieferprodukte klagten. In der Industrie müsse man sich daher wieder auf heimische Produktion besinnen und auch im Energiebereich unabhängiger werden. Die einst für Sachsen so wichtige Braunkohle werde von der aktuellen Politik kaputt gemacht. Denkverbote dürfe es auch bei der Kernenergie nicht geben.

Die Debatte habe ihre Berechtigung, befand Lars Rohwer, CDU. Bei kritischen Gütern wie Pharmazeutika und Medizintechnik sei eine Abkehr von globalisierten Wertschöpfungsketten durchaus überlegenswert. In vielen anderen Branchen, wie etwa der Elektro-, Textil- und Chemieindustrie, müsse man jedoch weiter global zusammenarbeiten. Man dürfe das Virus nicht instrumentalisieren, um den internationale Handel infrage zu stellen.



// Martin Dulig

Global denken, lokal handeln

Seine Fraktion stehe für stärkere regionale Wirtschaftskreisläufe, betonte Nico Brünler, DIE LINKE. Regional bedeute jedoch keine nationale Abschottung, sondern gelte auch über Ländergrenzen hinweg. Lokale Unternehmen sollten sich besser vernetzen können. Dadurch halte man Arbeitsplätze und Einkommen in der Region. Öffentliche Förderungen sollten stärker auf einheimische Unternehmen ausgerichtet sein.

Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, sagte, Lieferengpässe, wie etwa bei medizinischer Schutzkleidung, dürften sich nicht wiederholen. Es sei jedoch zu kurz gedacht, die Globalisierung rückgängig machen zu können. Die damit verbundenen Kostensteigerungen würden sich beim Verbraucher

bemerkbar machen und in den Produktionsländern zu sozialen Verwerfungen führen. Sinnvoll wäre hingegen eine Risikoanalyse, um zukünftig die Widerstandskraft von Lieferketten zu prüfen.

Globale Lieferketten besser absichern

Für die SPD-Fraktion trat Holger Mann ans Rednerpult. In den letzten zehn Jahren habe sich gezeigt, welche Risiken hocharbeitsteilige Lieferketten besäßen. Daher hätten seit der Weltfinanzkrise Unternehmen Zweitlieferanten organisiert, ihre Produktion zurück nach Europa verlagert oder würden mehr Waren vorhalten. Auch deshalb hielten in der Corona-Pandemie die Lieferketten weitestgehend stand. Einschränkungen des Freihandels würden nur in eine Wirtschaftskrise münden.

Sachsen sei wirtschaftlich eng mit der Welt verflochten, konstatierte Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD. Man lerne aber auch aus der Pandemie. Essenzielle Grundgüter, wie Grundstoffe für Arzneien, müssten wieder in Deutschland oder Europa hergestellt werden. Dies habe allerdings seinen Preis, denn internationale Lieferketten hätten sich aufgrund von Kostenersparnis durchgesetzt. Nicht Unabhängigkeit, sondern Diversifizierung müsse daher die Lehre aus Corona sein.



Dr. Daniel Thieme

Dialogangebote in alle Richtungen

DIE LINKE kritisiert Auswahl der Gesprächspartner des Ministerpräsidenten

// Susanne Schaper // Fotos: O. Killig

11. Sitzung des Sächsischen Landtags

// »Unteilbar-Demos, Polizeigesetz-Demos, Corona-Demos: Wer wird gehört, Herr Ministerpräsident?« lautete eine Aktuelle Debatte am 11. Juni 2020 im Sächsischen Landtag. Der Antrag stammte von der Fraktion DIE LINKE. //

Andere Meinungen anhören

Sarah Buddeberg, DIE LINKE, fragte, warum der Ministerpräsident nicht an den jüngsten Anti-Rassismus-Demonstrationen teilgenommen, Mitte Mai jedoch mit Corona-Gegnern im Großen Garten diskutiert habe. Auch bei der Unteilbar-Demonstration 2019 habe er gefehlt. Dies sei eine Beleidigung für all jene, die Angst vor einer Spaltung der Gesellschaft hätten. Kretschmer fische aber lieber am rechten Rand und betreibe auf diese Art Wahlkampf.

Martin Modschiedler, CDU, erwiderte, gehört werde, wer das Gespräch suche. Davon hätten Tausende Bürger im Freistaat bereits Gebrauch gemacht. Der Ministerpräsident nehme die Probleme der Menschen ernst. Kretschmer könne aber nicht überall gleichzeitig sein. Er habe zudem an der Kundgebung »Herz statt Hetze« im Jahr 2018 teilgenommen und damit ein klares Zeichen für Demokratie gesetzt.

Kein Schwarz-Weiß-Schema

Carsten Hütter, AfD, merkte an, die jetzige Debatte passe in das übliche Schwarz-Weiß-Schema der LINKEN »gute Demo – schlechte Demo«. Die Kundgebung im Dresdner Großen Garten habe die Partei als schlecht bewertet. Daher passe es ihr nicht, dass Ministerpräsident Kretschmer trotzdem dort erschienen sei. Später lud er einen Corona-Kritiker zum Gespräch ein. Die sogenannten guten Demos bildeten indes nicht die Mehrheit der Gesellschaft ab.

Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, sagte, in der Politik sei die Kommunikation über ein Ereignis mitunter wichtiger als das Ereignis selbst. Daher Sorge es bei einigen für Unverständnis, mit wem der Ministerpräsident sichtbare Dialoge führe und mit wem

// Sarah Buddeberg



nicht. Die Aufgabe aller Demokraten sei es, in einer aufgeheizten Zeit auch die leisen Stimmen zu hören. Die Staatsregierung solle sich demzufolge einmal mit all jenen unterhalten, die sich gegen Rassismus engagierten.

Einseitigkeit begünstigt Spaltung

Demonstrationen seien nicht der richtige Ort für Dialoge, gab Frank Richter, SPD, zu bedenken. Klar sei aber auch, wer ein hohes Staatsamt begleite, solle sich mit allen politischen Positionen auseinandersetzen. Andernfalls würde dies die Spaltung der Gesellschaft begünstigen. Richter sagte zudem, ihm bereite nicht die Gesprächsfähigkeit des Ministerpräsidenten Sorgen. Vielmehr müssten auch Behörden dialogfähiger und bürgerfreundlicher werden.

Michael Kretschmer pflege einen Politikstil des Zuhörens, Folgerns und Handelns, bekundete Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU. Dazu diskutiere der Ministerpräsident in verschiedensten Formaten mit den Bürgern und setze sich mit Regierungskritik auseinander. Diese Haltung sei nicht inszeniert. Vielmehr bemühe er sich sehr darum, Politik verständlich zu erklären. Dies habe ihm über Sachsen hinaus Lob und Anerkennung eingebracht.

Dr. Daniel Thieme

Neuer Präsident am Verfassungsgerichtshof

Dr. Matthias Grünberg tritt die Nachfolge von Birgit Munz an

// Vereidigung des neuen Präsidenten des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes
Dr. Matthias Grünberg // Foto: J. Männel

// Am 10. Juni 2020 wählte der Sächsische Landtag Dr. Matthias Grünberg mit 98 Ja-Stimmen zum neuen Präsidenten des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs. Die höchste rechtsprechende Instanz in Sachsen sorgt dafür, dass die Verfassung im täglichen Zusammenspiel der staatlichen Kräfte beachtet und umgesetzt wird. //

Am 1. August 2020 wird der Vizepräsident des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts, Dr. Matthias Grünberg, sein Amt als neu gewählter Präsident des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs antreten. Der Landtag wählte ihn am 10. Juni mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Grünberg folgt auf Birgit Munz, die seit 2007 an der Spitze stand. Neu gewählt wurden zudem sechs weitere Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes (siehe Kasten rechts).

Institution mit Verfassungsrang

Verglichen mit anderen Institutionen, zieht der Verfassungsgerichtshof mit Sitz in Leipzig eher selten öffentliches Interesse auf sich. Für die Politik in Sachsen und insbesondere die Gewaltenteilung im Freistaat ist das oberste Gericht in Sachsen dennoch äußerst bedeutsam. Es gehört neben Landtag und Staatsregierung zu den drei höchsten Staatsorganen. Als ein Teil der rechtsprechenden Gewalt ist das Verfassungsgericht unabhängig und eigenständig. Im Jahr 1992 schuf der Sächsische Landtag mit der Verfassung zunächst die rechtliche Grundlage. Ein Jahr später nahm das Gericht seine Arbeit auf.

Gemeinhin gilt der Verfassungsgerichtshof als »Hüter der Verfassung«. Ihm kommt die Aufgabe zu, über ihre Auslegung zu be-

finden. Er wird beispielsweise angerufen, um zu klären, ob verabschiedete Gesetze verfassungskonform sind. Weitere Anlässe können die Überprüfung von Wahlentscheidungen oder die Rechte von Abgeordneten, Fraktionen oder politischen Parteien betreffen. Auch Einzelpersonen haben die Möglichkeit einer Beschwerde, wenn sie ein durch die Verfassung garantiertes Grundrecht verletzt sehen (Hierzu mehr in der nächsten Ausgabe des Landtagskuriers).

Amt und Aufgaben der Verfassungsrichter

Die Wahlen des Präsidenten und der Stellvertreter erfolgen durch den Landtag. Das Vorschlagsrecht kommt der Staatsregierung zu. Ihr Antrag benötigt im Parlament eine Zweidrittelmehrheit, weshalb Absprachen zwischen Koalition und Opposition üblich sind. Dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof gehören neun Verfassungsrichter an. Fünf müssen als Berufsrichter arbeiten, die weiteren vier können Nichtjuristen sein. Die berufsrichterlichen Mitglieder üben ihre Tätigkeit als Nebenamt aus, die anderen Mitglieder sind ehrenamtlich tätig. Die Amtszeit des Präsidenten, der weiteren Mitglieder sowie ihrer Stellvertreter beträgt neun Jahre.

Neue Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes (ab 1. August 2020)

DR. MATTHIAS GRÜNBERG

Präsident

- 1982 – 1987
Studium Rechtswissenschaften in Freiburg und München; 1991 Promotion
- 1994 – 1998
Referent, später Referatsleiter im Sächsischen Staatsministerium der Justiz
- 1998 – 2000
Richter am Sächsischen Oberverwaltungsgericht
- 2000 – 2004
Vizepräsident des Landesjustizprüfungsamtes
- 2004 – 2007
Präsident Sozialgericht Dresden
- seit 2008
Vizepräsident Sächsisches Oberverwaltungsgericht
- seit 2007
Mitglied des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen

PROF. DR. MARKUS JÄGER

(berufsrichterliches Mitglied)

- seit 2006 Richter am Bundesgerichtshof, außerdem Honorarprofessor an den Universitäten Dresden und Leipzig

CORNELIA SCHÖNFELDER

(Vertreterin des Präsidenten)

- seit 2017 Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Dresden

STEFAN ANSGAR STREWE

(nichtberufsrichterliches Mitglied)

PROF. DR. ELISA HOVEN

(nichtberufsrichterliches Mitglied)

PROF. CONSTANZE GEIERT

(stv. nichtberufsrichterliches Mitglied)

DR. BEATRICE BETKA

(stv. nichtberufsrichterliches Mitglied)

Dr. Daniel Thieme

Rechnungshof bekommt neuen Präsidenten

Jens Michel wird im kommenden Jahr Sachsens oberster Haushaltsprüfer

// Der Sächsische Landtag wählte auf der Sitzung am 10. Juni 2020 auch einen neuen Präsidenten des Sächsischen Rechnungshofes. Die Behörde prüft die Haushaltsplanung und -rechnung des Freistaates und veröffentlicht jährliche Berichte. //

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten votierte das Parlament mit Zweidrittelmehrheit (103 Ja-Stimmen) für Jens Michel als neuen Präsidenten des Sächsischen Rechnungshofes. Als Abgeordneter gehörte Michel von 2009 bis 2019 selbst dem Sächsischen Landtag an. In dieser Zeit war er Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss sowie ab 2010 Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Am Neuverschuldungsverbot, das 2013 in die sächsische Verfassung aufgenommen wurde, wirkte er maßgeblich mit. Damals leitete er die dazu eingesetzte fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe.

Der Amtswechsel an der Spitze des Rechnungshofes soll im kommenden Jahr erfolgen, wenn der bisherige Präsident, Prof. Dr. Karl-Heinz Binus, in den Ruhestand tritt.



// Jens Michel nach seiner Wahl auf der Besuchertribüne // Foto: J. Männel

Aufgaben des Rechnungshofes

Der Sächsische Rechnungshof übt im Institutionengefüge des Freistaates eine kontrollierende und beratende Funktion aus. Als unabhängige Instanz prüft er die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Freistaates Sachsen. Für den Landtag ist die Prüfung außerordentlich wichtig, da er das Haushaltsgesetz beschließt und über die zu verteilenden Gelder entscheidet. Aufgrund der Tätigkeit des Rechnungshofes kann das Parlament beurteilen, ob die Regierung die ihr zur Verfügung stehenden Gelder ordnungsgemäß einsetzt und verwendet. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch erklären, warum die Verfassung die Neubesetzung des Präsidentenamtes in die Hände der gesetzgebenden Gewalt legt.

Neben der formalen Finanzprüfung steht der Rechnungshof dem Landtag, der Staatsregierung und einzelnen Ministerien ber

tend zur Seite. Auf ihren Wunsch hin erstellt er Gutachten zur Haushalts- und Wirtschaftsführung.

Der Sächsische Rechnungshof sorgt in der Regel dann für Aufsehen, wenn er seinen jährlichen Prüfbericht der Öffentlichkeit vorlegt. Darin bewertet er die aktuelle Finanzlage des Staatshaushaltes und der Kommunen. Die staatlichen Prüfer unterziehen die getätigten Ausgaben ebenfalls stets einer kritischen Betrachtung.

Als Präsident des Rechnungshofes wird Jens Michel ab Mitte 2021 die Prüfung der Haushaltsplanung und Haushaltsrechnung des Freistaates im Ganzen verantworten. Er leitet den Geschäftsgang sowie die Verwaltung der Behörde und vertritt sie nach außen. Der Rechnungshof befindet sich bisher in Leipzig, soll jedoch im kommenden Jahr nach Döbeln umziehen.

Zur Person

JENS MICHEL
(Präsident ab 2021)

- 1984
Ausbildung zum Betriebs-, Mess-, Steuerungs- und Regelungsmechaniker, anschl. Arbeit im erlernten Beruf
- 1990
Eintritt in die CDU
- 1990 – 1992
Abitur auf dem 2. Bildungsweg, anschl. Jurastudium und Referendariat mit Abschluss als Magister iuris, danach Angestellter im Sächsischen Staatsministerium der Finanzen
- 2009 – 2019
Mitglied des Sächsischen Landtags (2010 – 2019 Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion)



www.rechnungshof.sachsen.de

LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Gemeinschaftsschule im Freistaat Sachsen, 7/522 Volksantrag	Der Volksantrag verfolgt das Ziel, mit der Gemeinschaftsschule ein zusätzliches Angebot neben den bestehenden Schularten in Sachsen zu schaffen.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung am 25. Mai 2020
Gesetz zur Beteiligung des Landtags bei Maßnahmen der Staatsregierung nach dem Infektionsschutzgesetz im Freistaat Sachsen, 7/2259 DIE LINKE	Sollte die Staatsregierung eine weitere Rechtsverordnung nach § 32 Infektionsschutzgesetz erlassen, muss sie zukünftig die zuständigen Fachausschüsse des Landtags beteiligen.	1. Beratung am 11. Juni 2020 und Überweisung an Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) und Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Gesetz zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland, 7/2268 Staatsregierung	Der neue Medienstaatsvertrag soll den bisherigen Rundfunkstaatsvertrag ersetzen und beinhaltet nun unter anderem Medienplattformen und Video-Sharing-Dienste, wie beispielsweise YouTube.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958, 7/2295 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Nach der EU-Richtlinie müssen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die den Zugang zu reglementierten Berufen beschränken, auf Verhältnismäßigkeit hin überprüft werden.	Überweisung an Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung
Gesetz zur Unterstützung der Kommunen des Freistaates Sachsen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie, 7/2513 Staatsregierung	Zur Bewältigung der Corona-Krise, insbesondere durch zu erwartende Einbrüche bei den Steuereinnahmen, sollen die sächsischen Kommunen finanzielle Hilfen erhalten.	Überweisung an Haushalts- und Finanzausschuss

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

Gesetz zur Verbesserung der Informationsbeziehungen zwischen dem Sächsischen Landtag und der Staatsregierung, 7/588 DIE LINKE	Der Gesetzentwurf wollte die Unterrichtungspflicht der Staatsregierung gegenüber dem Landtag präziser ausgestalten. Insbesondere sollte das Parlament früher und noch umfangreicher über geplante Initiativen informiert werden.	abgelehnt
Gesetz zur Neuregelung der Zuständigkeit für die Telemedienaufsicht, 7/2056 Staatsregierung	Mit dem Gesetz soll die Zuständigkeit der Telemedienaufsicht von der Landesdirektion Sachsen auf die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien übertragen werden.	angenommen
Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens »Beseitigung Schadensfolgen Extremwetterereignisse – Forst«, 7/2072 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Rund 52 Millionen Euro beabsichtigt die Staatsregierung zusätzlich einzusetzen, um durch den Borkenkäfer, Stürme und Dürre entstandene Waldschäden zu beseitigen.	angenommen
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Normenkontrollratsgesetzes, 7/2247 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Der Sächsische Normenkontrollrat unterstützt die Staatsregierung auf den Gebieten des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung. Mit dem Gesetz wird die Arbeit weitergeführt und weiterentwickelt.	angenommen

Die Darstellung zeigt den Stand der Gesetzentwürfe, die bis 11. Juni 2020 in den Sächsischen Landtag eingebracht, debattiert, beraten, abgelehnt oder angenommen wurden. Entwürfe mit unverändertem Status werden nicht aufgeführt.

Gemeinschaftsschule unter der Lupe

// Elbflügel des Sächsischen Landtags // Foto: O. Killig

// Der Ausschuss für Schule und Bildung diskutierte am 25. Mai 2020 verschiedene Varianten einer Gemeinschaftsschule. In der Sitzung kamen insgesamt 15 Sachkundige zu Wort. Nach dem erfolgreichen Volksantrag im letzten Jahr ist der Landtag verpflichtet, den Gesetzentwurf zu beraten. //

Ringen um das gemeinsame Lernen

Ausschuss für Schule und Bildung hört sich Expertenmeinungen zur Gemeinschaftsschule an

// Im Januar brachte das Bündnis »Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.« seinen Gesetzentwurf zur Einführung von Gemeinschaftsschulen in Sachsen im Plenum ein (Landtagskurier 1/2020). Das Parlament überwies den Volksantrag nach einer ersten Beratung an den zuständigen Ausschuss für Schule und Bildung, der dazu am 25. Mai 2020 eine öffentliche Anhörung durchführte. //



Zu seiner 3. Sitzung lud der Ausschuss insgesamt 15 Sachkundige sowie die Vertrauenspersonen der Initiatoren in den Plenarsaal des Landtags ein. Die Frage nach Einführung einer neuen Schulart in Sachsen bewegt schon seit längerer Zeit die Gemüter. Es war daher nicht überraschend, dass den Ausschussmitgliedern zur Anhörung neben den vielen Präsentationen der Sachkundigen vor Ort auch noch zahlreiche weitere Dokumente vorlagen, darunter zum Beispiel schriftliche Stellungnahmen vom Landesbildungsrat und dem Rat für sorbische Angelegenheiten.

Drei Varianten stehen zur Diskussion

Die mögliche Erweiterung des sächsischen Schulsystems um die Schulart Gemeinschaftsschule scheint nur auf den ersten Blick eine »einfache« Reform zu sein. Schon die vielen Möglichkeiten, anhand von gesetzlichen Detailvorgaben Stellschrauben in die eine oder andere Richtung zu drehen, zeigen aber, dass es so einfach womöglich doch nicht ist. So diskutierte man im Schulausschuss knapp vier Stunden lang über die verschiedenen Varianten, wie eine Gemeinschaftsschule aussehen könnte.

- Der Gesetzentwurf aus dem Volksantrag sieht eine Änderung des Sächsischen Schulgesetzes vor, nach der Gemeinschaftsschulen als optionale Schulart in Sachsen ermöglicht würden. Sie könnten entweder als eigenständige Schulen von Klasse 1 bis 12 beschulen und alle Schulabschlüsse einschließlich Abitur anbieten. Denkbar wäre außerdem, abhängig auch von der Schülerzahl vor Ort, dies nur bestimmten Klassenstufen anzubieten und dann mit anderen Schularten zu kooperieren, um letztlich alle Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.
- Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen knüpft an eine neue Gemeinschaftsschule die Bedingung, ausreichend Schüler zu haben: In der 5. Klasse müsste weitgehend Vierzügigkeit erreicht werden. Möglich wäre zudem die Einführung einer »Oberschule+«, die im ländlichen Raum Grundschule und Oberschule miteinander verbinden könnte.
- Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion beabsichtigt, anstelle von Gemeinschaftsschulen die »Technische Oberschule« mit einer deutlichen Betonung der berufsvorbereitenden Bildung einzuführen.



Fotos: J. Männel

www.landtag.sachsen.de



Dort sollen Kinder von Klassenstufe 1 bis 6 gemeinsam lernen, danach stünde eine Bildungsempfehlung für die Wahl zwischen Real- oder Hauptschule an. Der Übergang ans Gymnasium wäre nach der 8. Klasse mit einem Notenschnitt besser als 1,5 und einer erneuten Bildungsempfehlung möglich.

Zu diesen verschiedenen Modellen – ein Blick auf andere Bundesländer zeigt noch mehr unterschiedliche Vorstellungen von Gemeinschaftsschulen – äußerten sich die Sachkundigen in ihren Kurzvorträgen sehr differenziert und mit teils sehr leidenschaftlichen Plädoyers für die eine oder andere Variante. In Anwesenheit des Kultusministers Christian Piwarz, CDU, und vor einer rege besetzten Besuchertribüne folgten anschließend mehrere Fragerunden der Ausschussmitglieder.

Volksantrag will längeres gemeinsames Lernen

Klar wurde dabei der Grundkonsens, nämlich sächsischen Schülerinnen und Schülern auch künftig ein leistungsfähiges und zugleich gerechtes Schulsystem bieten zu können. Wie aber das Schulsystem genau ausgestaltet sein muss, um

diese Ziele zu erreichen, darüber gibt es sehr unterschiedliche Ansichten. Ein Hauptanliegen der Initiatoren des Volksantrags ist, dass Kinder nicht schon nach Klasse 4 auf verschiedene Bildungswege geschickt werden. Dies sei zum einen zu früh und verfestige zum anderen soziale Ungleichheit. Dem widersprechen jene, die warnen, dass es kaum leistbar sei, in sehr heterogenen Klassen für jeden Schüler ein auf sein Können und Potenzial zugeschnittenes Bildungsangebot zu gestalten. Neben diesen Positionen ging es auch immer wieder um die Frage, auf welche Art besonders gut sichergestellt werden könnte, dass Familien, die im länd-

lichen Raum leben, bei der Entscheidung über die optimale Schule für ihr Kind tatsächlich die freie Auswahl haben.

Ein Gesetzentwurf im parlamentarischen Prozess

Es wird deutlich: Zwar sind mit dem vorliegenden Volksantrag viele Besonderheiten verbunden, schließlich ist dies nach fast zwei Jahrzehnten der erste

Gesetzentwurf, für den das Quorum für einen Volksantrag erreicht wurde. Aber dennoch – mit dem Erhalt einer Landtags-Drucksachenummer durchläuft der Entwurf nun ein ganz reguläres parlamentarisches Verfahren. Und auch ein Gesetzentwurf, der aus einem Volksantrag hervorgegangen ist, ist im parlamentarischen Prozess nicht immun gegen Änderungen. Vielmehr gilt es als ausgemacht, dass ein Gesetz selten so aus dem Gesetzgebungsverfahren herausgeht, wie es hineingekommen ist.

Wer hautnah erleben möchte, wie um ein gutes Ergebnis gerungen wird, hat dazu in der nächsten Sitzung des Schulausschusses am 3. Juli 2020 Gelegenheit. Die Ausschussmitglieder haben entschieden, auch die weitere Beratung des Gesetzentwurfes öffentlich vorzunehmen.

Nähere Informationen für interessierte Besucherinnen und Besucher (ggf. auch zu Corona-bedingten Einschränkungen) finden Sie auf www.landtag.sachsen.de.

Hinter den Kulissen

Der ursprünglich geplante Anhörungstermin im April konnte wegen der zugespitzten Lage in der Corona-Pandemie nicht gehalten werden. Danach entschied das Präsidium des Landtags, ab Mai wieder alle Ausschüsse vollumfänglich tagen zu lassen. So standen für alle Ausschusssitzungen nur zwei ausreichend große Räume im Landtagsgebäude zur Verfügung, einer davon ist der Plenarsaal. Nur dort konnten öffentliche Tagesordnungspunkte beraten werden. Zusätzlich galten besondere Hygienevorgaben: Um die Sitzordnung im Plenarsaal zu entzerren, saßen ein Teil der Sachkundigen auf Plätzen, die sonst für die Abgeordneten vorgesehen sind. Auch auf der Besuchertribüne gab es nur begrenzte Sitzplätze. Desinfektionsmittel stand bereit, um die Präsentationstechnik virenfrei zu halten, es galt die dringende Bitte, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen und – ein nicht unwichtiges Detail – die Anwesenden sollten sich mit dem eigenen Stift in die Anwesenheitslisten eintragen.

»Das Parlament handelt auch in schwierigen Zeiten«

Interview mit Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler

// In den vergangenen Monaten bestimmte das Coronavirus das Leben in Sachsen. Vorübergehend blieben unter anderem Geschäfte, Museen und Gaststätten geschlossen, es galten zudem weitgehende Kontaktbeschränkungen. Im Dresdner Ständehaus sprachen am 4. Juni 2020 Dr. Daniel Thieme und Christian Schulze mit Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler über die zurückliegende Zeit und die Folgen der Pandemie. //

? Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, wie haben Sie und Ihre Familie persönlich die vergangenen Monate erlebt? Wie stehen Sie zu den Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens?

Da geht es mir wie allen anderen. Das fängt schon morgens an, da mache ich immer meinen Lauf durch meinen Heimatort Cossebaude. Wenn ich dabei zum Bäcker gehe, dann kommt eben der Mund-Nasen-Schutz dran und der begleitet mich dann den ganzen Tag über. Die Politik kann nicht nur Verordnungen erlassen. Wir müssen diese Dinge auch selbst leben. Das ist mir privat, wie auch bei uns im Hohen Haus, ganz wichtig.

? Wie hat sich durch die Corona-Pandemie Ihr Arbeitsalltag verändert?

Ich bin in den letzten Wochen zumeist mit dem Fahrrad zum Landtag gefahren: Zehn Kilometer hin, zehn Kilometer zurück. Die Corona-Pandemie hat überall unseren Arbeitsalltag verändert. Wir empfangen im Sächsischen Landtag zuletzt viel weniger Besucher und hatten kaum öffentliche Veranstaltungen. Deshalb setzten wir Prioritäten und beschränkten uns auf das Wesentliche, auf die parlamentarische Arbeit. Ganz viel läuft mittlerweile über Videokonferenzen.

? Wie hat sich die parlamentarische Arbeit des Landtags ganz allgemein verändert? Welche Maßnahmen wurden ergriffen?

Für alle Bereiche, nicht nur in den Plenarsitzungen, existiert ein konsequentes Hygienekonzept. Wir haben auch eine auswärtige Landtagssitzung abgehalten, mit Sicherheitsabständen plus Mund-Nasenschutz für alle Abgeordneten. Im Plenum und in den Ausschüssen setzten wir auf das Pairingverfahren, das heißt, wir reduzierten anteilig die teilneh-

menden Abgeordneten. Unsere Handlungsfähigkeit war dadurch stets gegeben. An den parlamentarischen Grundprinzipien, die unsere Verfassung vorgibt, hielten wir zu jeder Zeit der Krise fest. Und: Der Erfolg gibt uns recht. Im Sächsischen Landtag gab es bisher keine Infektionen. Nun gehen wir Schritt für Schritt wieder zur Normalität über.



Als Landtagspräsident sind Sie viel mit den Abgeordneten und Fraktionen im Gespräch. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit in diesen Zeiten?

Es gab einen weitgehenden Konsens unter den Fraktionen, wie wir mit dieser Krise umgehen müssen. Für das Feststellen einer außergewöhnlichen Not-situation nach Artikel 95 unserer Landesverfassung gelang es uns sogar, eine einstimmige Zustimmung aller Fraktionen zu erreichen. In den schwierigsten Zeiten traf ich mich regelmäßig zu einer Lagebesprechung mit den Fraktionsvorsitzenden und den parlamentarischen Geschäftsführern. So haben wir das Vorgehen in der Pandemie gemeinsam vorbereitet und eng abgestimmt.

In den vergangenen Monaten wurde oft von der »Stunde der Exekutive« gesprochen. Die Staatsregierung erließ viele Rechtsverordnungen, mit denen immerhin erheblich Grundrechte eingeschränkt wurden. Kam der Landtag hier zu wenig zum Zuge?

Das Parlament war zu jeder Zeit handlungsfähig! Die Legislative hat durch ihr parlamentarisches Handeln überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen, dass die Exekutive arbeiten konnte. Ganz plastisch gesprochen: Ohne die Beschlüsse zum Artikel 95 hätte man die gigantischen Summen niemals verteilen können. Mit dem vielen Geld bauen wir Brücken in die Zukunft und helfen zugleich in der Not. Mit unserem Haushalts- und Finanzausschuss sowie den Fachausschüssen beobachten wir das als Landtag genau.

Verstehen Sie den Unmut derer, die gegen die Corona-Maßnahmen protestierend auf die Straße gehen? Es ist ja in einer Demokratie immer ein Abwägen zwischen den einzelnen Grundrechten.

Wenn es um Grundwerte wie Demokratie und Rechtsstaat geht, bin ich Überzeugungstäter. Wir sind ein freies Land, hier kann jeder seine Meinung äußern und jeder kann sein Recht vor unabhängigen Gerichten erstreiten. Eine Demokratie muss unterschiedliche Positionen aushalten und bis zu einer gewissen Grenze auch zulassen. Kritiker, von denen ja viele berechnete Existenzsorgen haben,



können sich Gehör verschaffen. Aber es gibt eben auch den Gesundheitsschutz, da muss man verschiedene Grundrechte abwägen. Und dann sind da natürlich noch all jene Extremisten, die solche Zeiten für ihr zerstörerisches Tun nutzen.

Eine der Maßnahmen des Landtags war ja das Feststellen einer besonderen Notsituation und der Beschluss über eine erhebliche Neuverschuldung. Was bedeuten diese Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Politik in Sachsen?

Sachsen war immer stolz auf seine niedrige Verschuldung. Sie hat uns im Landeshaushalt etliche finanzielle Spielräume ermöglicht. Deshalb gibt es auch ein Verschuldungsverbot in der Verfassung. Kurt

Biedenkopf nannte es »enkelgerechte« Politik. Ein Abweichen davon ist an knallharte Bedingungen gebunden. Die Pandemie rechtfertigte aus meiner Sicht eine solche Abweichung. Jetzt geht es darum, mit Soforthilfen die Wirtschaft und unsere Gesellschaft am Laufen zu halten. Das können wir aber nur dann rechtfertigen, wenn wir eine schnelle Rückzahlung der Schulden anstreben. Allzu

oft dürfen solche Krisen, mit so tiefen Einschnitten, nicht kommen. Das könnten wir finanziell nicht mehr so schultern wie jetzt.

Wie geht es in den nächsten Monaten im Sächsischen Landtag weiter? Die Beratungen für den Doppelhaushalt 2021/2022 stehen an. Führt die Politik auf Sicht?

Die Politik wird wohl auch in den nächsten Monaten auf Sicht fahren. Aus einem ganz einfachen Grund: Unser gesamtes Haushaltsverfahren ist von der Pandemie bestimmt. Wo Bedarf besteht, das hängt auch von der Bundespolitik und natürlich dem weiteren Verlauf der Pandemie ab. In diesem Punkt müssen wir erst Klarheit haben. Ich glaube daher, einen Haushaltsbeschluss wird es erst im nächsten Jahr geben.

Das Jahr 2020 ist auch ein Jubiläumsjahr für den Freistaat Sachsen und den Sächsischen Landtag, beide kehrten sie vor 30 Jahren in die Geschichte zurück. Kann das in solchen Zeiten noch eine Rolle spielen?

Selbstverständlich! Die Friedliche Revolution ist das Beste, was Deutschland passieren konnte. Sie hat dazu beigetragen, die Teilung zu überwinden. Das ist identitätsstiftend und eine wunderbare Erzählung für unsere geeinte Nation. Besonders jetzt, in diesen Zeiten, zeigt sich, wie wichtig gemeinsame Symbole für eine Demokratie sind. In all den Jahren meiner politischen Laufbahn habe ich immer darauf hingewirkt, dass sich die Friedliche Revolution als identitätsstiftendes Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte etabliert. Ich glaube aber auch, das Jubiläum wird diesmal nicht so eine öffentliche Rolle spielen wie in den Jahren zuvor.

Wenn Sie auf die kommenden Jahre schauen: Wie geht es weiter im Land? Was können wir aus der Krise lernen?

Der Föderalismus funktioniert und er hat seine Stärke gezeigt. Wir haben unterschiedlich reagiert in den Bundesländern. Am Anfang war sicher einheitliches Handeln unbedingt notwendig. Später war das Pandemiegesehen in den Ländern sehr verschieden, was unterschiedliche Spielräume eröffnete. Das ist für mich die größte Lehre: Wo es nötig ist, da handeln wir als Bundesstaat gemeinsam. Wo es möglich ist, da gehen wir als Länder – gern miteinander – eigene Wege.

Wir danken Ihnen herzlich für das Gespräch.

DIE UNION

TAGESZEITUNG IN SACHSEN

3. Jahrgang - Nr. 78 1990 Freitag, 30. März 1990 1770 Pfennig

Gemeinsamer Leitstelle

Man soll Verantwortung für Verantwortung übernehmen. Das ist die zentrale Botschaft der gemeinsamen Leitstelle der CDU und SPD in Dresden. Die beiden Parteien haben sich in der gemeinsamen Leitstelle ein gemeinsames Ziel gesetzt: die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Leitstelle wird von der CDU und SPD geleitet und ist für die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien in Dresden zuständig. Die Leitstelle wird von der CDU und SPD geleitet und ist für die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien in Dresden zuständig.

	31.03.	31.03.	31.03.	31.03.	31.03.
CDU	100	100	100	100	100
SPD	100	100	100	100	100
...

Übereinstimmung in wesentlichen Fragen

Informationsgespräche von CDU und SPD wurden fortgesetzt. Die Gespräche zwischen den beiden Parteien haben sich in wesentlichen Fragen auf eine Übereinstimmung entwickelt. Die Gespräche wurden von der CDU und SPD geleitet und sind für die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien in Dresden zuständig. Die Gespräche wurden von der CDU und SPD geleitet und sind für die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien in Dresden zuständig.

Arbeitsplan angenommen

Die CDU und SPD haben ihren gemeinsamen Arbeitsplan für die nächsten Monate angenommen. Der Arbeitsplan umfasst die Bereiche Politik, Kultur und Sport. Die CDU und SPD werden die gemeinsamen Aufgaben in diesen Bereichen wahrnehmen. Der Arbeitsplan wurde von der CDU und SPD geleitet und ist für die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien in Dresden zuständig.



Neue Kräfte gewinnen an Einfluss

Verzicht auf Grenzschutz

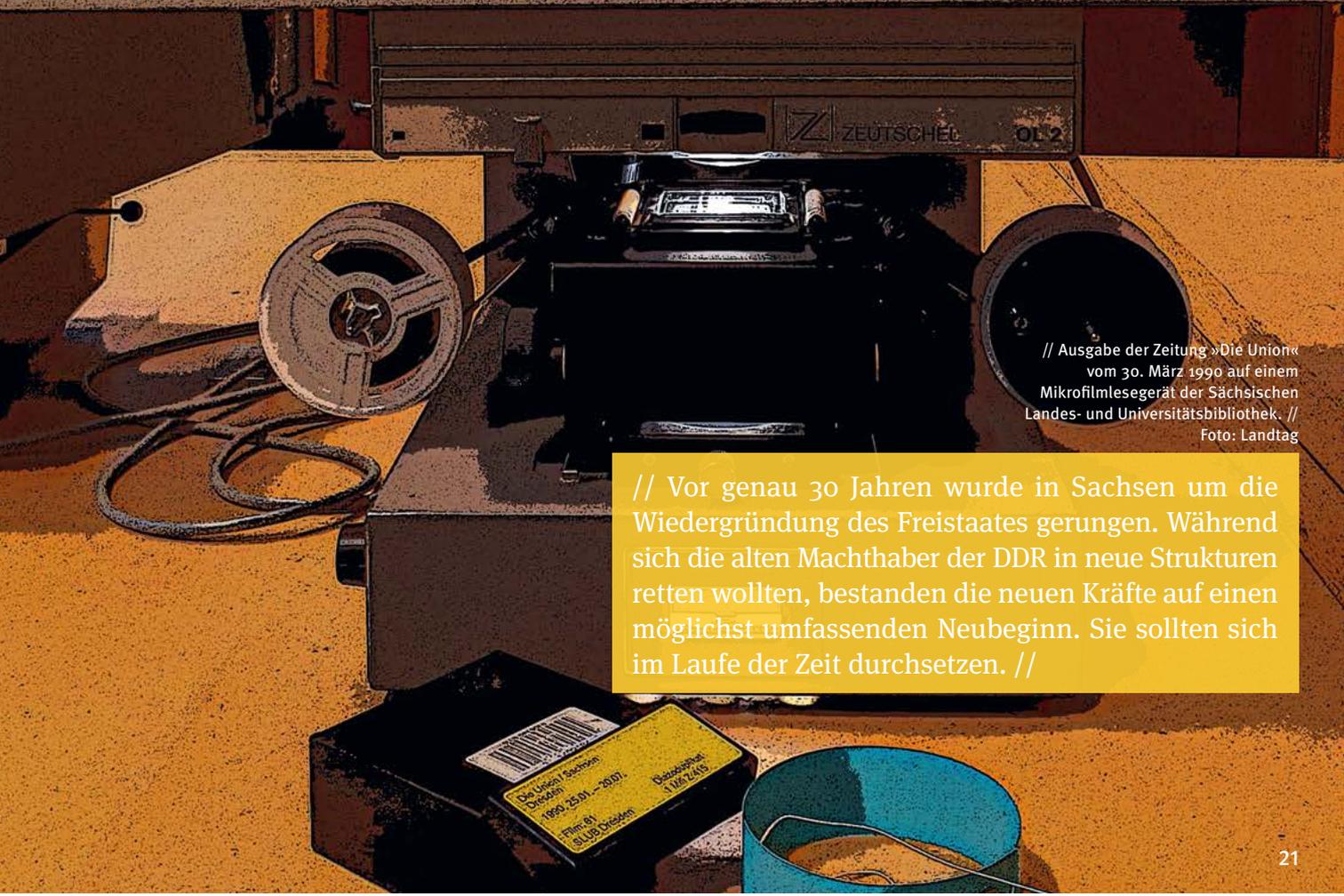
Die CDU und SPD haben sich auf einen Verzicht auf den Grenzschutz geeinigt. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung der Wiedervereinigung Deutschlands. Die CDU und SPD werden die gemeinsamen Aufgaben in diesem Bereich wahrnehmen. Der Verzicht auf den Grenzschutz wurde von der CDU und SPD geleitet und ist für die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien in Dresden zuständig.

Pfarramt mit Politikerfunktion vereinbar

Das Pfarramt ist mit einer Politikerfunktion vereinbar. Dies ist eine wichtige Entscheidung für die CDU und SPD. Die CDU und SPD werden die gemeinsamen Aufgaben in diesem Bereich wahrnehmen. Die Vereinbarkeit von Pfarramt und Politikerfunktion wurde von der CDU und SPD geleitet und ist für die gemeinsame Arbeit der beiden Parteien in Dresden zuständig.

Welschker Ehren doktor der Universität Colmba

Bitte spulen Sie den Film nach der Benutzung auf die Originalspule zurück



// Ausgabe der Zeitung »Die Union« vom 30. März 1990 auf einem Mikrofilmlesegerät der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek. // Foto: Landtag

// Vor genau 30 Jahren wurde in Sachsen um die Wiedergründung des Freistaates gerungen. Während sich die alten Machthaber der DDR in neue Strukturen retten wollten, bestanden die neuen Kräfte auf einen möglichst umfassenden Neubeginn. Sie sollten sich im Laufe der Zeit durchsetzen. //



30 Jahre Freistaat Sachsen –

Dr. Thomas Schubert

// Anlässlich des diesjährigen Jubiläums der Deutschen Einheit, des Freistaates Sachsen und des Sächsischen Landtags blickt der Landtagskurier auf die damaligen Geschehnisse und Akteure zurück. Im Zentrum des Sonderthemas »30 Jahre Freistaat Sachsen« steht die sächsische Landesgründung. Der zweite Teil der Serie beleuchtet das frühe Ringen um die neue Macht. //



// Rathausgespräch mit der »Gruppe der 20« // Foto: U. Häßler

Antritt der alten Kräfte

In ihrer Existenz bedroht, versuchten die drei Räte der Bezirke, besonders der Rat des Bezirks Dresden, eine Art Vorwärtsverteidigung. Schließlich wähten sie sich als wichtige Verwaltungsakteure in einem neuen Land Sachsen. Sie wollten den Prozess der Landesbildung für sich lenken und ihre personelle Kontinuität sichern. Zunächst, so schilderte es der damalige Vorsitzende des Dresdner Runden Tisches, Erich Iltgen, »überraschte der Rat des Bezirkes Dresden bereits am 17. Januar 1990 mit einem Arbeitspapier ›Wege zur Herausbildung des Landes Sachsen« und forderte den Runden Tisch in seiner Sitzung am 18. Januar 1990 auf, Vertreter für die Arbeitsgruppen zu benennen.«³ In der Folge intensivierten die Räte ihr Tun, bildeten Arbeitsgruppen und strebten Regierungsbezirke nach bayerischem Vorbild an.⁴

Parallel hatten sich die Kontakte nach Baden-Württemberg sowie Bayern intensiviert. Die westdeutschen Länder zeigten am Prozess der Reföderalisierung größtes Interesse, setzten dabei aber (besonders Baden-Württemberg) zunächst auf die alten Machthaber und Strukturen. Es war ein früher, wohl in Teilen unvermeidlicher Missstand, den sie peu à peu korrigierten. Bereits im Januar 1990 reisten Vertreter der sächsischen Bürgerbewegung offiziell nach Baden-Württemberg, um sich über Politik und Verwal-

Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 setzte einen Meilenstein. Mit ihr war der demokratische Weg zur deutschen Einheit eingeschlagen, das Ende der alten Strukturen programmiert. Die Länderbildung nahm nun deutlich Fahrt auf. Zudem spiegelte die Wahl die große Bereitschaft der ostdeutschen Wählerschaft wider, das westdeutsche Parteiensystem anzunehmen. Das geschah fraglos zum Leidwesen vieler Neugründungen, bewirkte aber eine demokratische Stabilisierung. Den Reformkräften zeigte die Wahl die begrenzte Zustimmung zur SED-Nachfolgepartei (16,4 Prozent) auf. Was die einen beflügelte, deutete den Untergang der anderen an. Das institutionelle Ringen um die neue Macht lief landesweit auf Hochtouren.

Wann und durch wen?

In der Landesbildung lag schließlich ein Schlüssel zu künftiger Gestaltungsmacht im deutschen Bundesstaat. Bereits Mitte November 1989 waren unter anderem seitens der Dresdner »Gruppe der 20« um Arnold Vaatz und Herbert Wagner Rufe nach einem Land Sachsen laut geworden. Auch wenn Sachsen von 1952 an nicht mehr existierte und in die drei DDR-Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig aufgespalten worden war, so fühlten sich viele Bürger in ihrer Identität doch ungebrochen als Sachsen. Es war also spätestens mit dem Jahreswechsel 1989/90 weder gesellschaftlich noch politisch die Frage ob, sondern allenfalls wann und durch wen das Land Sachsen

seinen Weg zurück in die Geschichte finden würde.¹ »Waren es die revolutionären Eliten aus den Bürgerbewegungen und von den Runden Tischen? Waren es [...] die ›neuen Eliten‹ aus der Bundesrepublik und den westlichen Bundesländern? Oder waren es letztlich doch die alten Eliten der SED und der übrigen Parteien des demokratischen Blocks, des alten Staatsapparates und der Apparate der Bezirke, die die strukturellen und personellen Weichenstellungen vornahmen, welche fortan den Länderbildungsprozess beeinflussten?«² Entsprechend ging es zwischen den alten Staatsfunktionären, die sich bis zum Schluss an ihren Ämtern festhielten, und den neuen Reformkräften, die erst in Machtpositionen vorrücken mussten, hart zur Sache.

Ringen um die neue Macht

tung eines Bundeslandes zu informieren. Jedoch wurden die neuen Kräfte erst nach heftigem Protest in die »Gemischte Kommission für die Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg mit Sachsen« einbezogen, in der in diversen Fachgruppen sächsische Vertreter aller Seiten, besonders der Räte der Bezirke, sowie Experten aus Baden-Württemberg auf die Länderbildung hinarbeiteten.⁵ Sie sollten hier schrittweise gegen die alten Akteure an Einfluss gewinnen, trotz großer Widerstände.

Abwehr der neuen Kräfte

Als schließlich Mitte März 1990 die drei Räte der Bezirke ankündigten, am 18. April ihren Verfassungsentwurf in Form eines »Kuratoriums Land Sachsen« auf der Meißener Albrechtsburg statuieren zu wollen, also eine Art verfassungsgebende Versammlung abzuhalten, stieß dies auf die scharfe Kritik fast aller Vertreter der Reform- und

Bürgerrechtsbewegung. Es war der endgültige, aber zu späte Versuch einer Überrumpelung. Die neuen Kräfte um die »Gruppe der 20« reagierten entsprechend am 29./30. März 1990 mit einem eigenen Verfassungsentwurf, den sie in der CDU-Zeitung »Die Union« veröffentlichten.⁶ Ihre Stoßrichtung war klar: »Sachsen sollte ein Land der Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz geltendes Recht werden und die Landesverfassung mit dem Beitritt in Kraft treten.«⁷ Der Text war improvisiert, erfüllte aber seinen Zweck, indem er den Vorstoß der Räte abschwächte. Länderbildung und Verfassungsgebung sollten ohne die neuen Akteure nicht möglich sein. Die Mitte April von sächsischen CDU-Reformern

und DA-Mitgliedern veröffentlichte »Rottenburger Erklärung« mit dem Titel »Vorschlag zur Länderbildung in der DDR« sprach schließlich den Vertretern des DDR-Apparats die Befugnis zur Landesbildung ab. Nach weiteren ähnlichen Initiativen sowie einer Intervention aus Berlin gaben die Initiatoren des Kuratoriums ihr Vorhaben auf.⁸ Die Verantwortung für die Landesbildung wurde nun endgültig in die Hände der Ost-Berliner Regierung von Lothar de Maizière gelegt, was freilich neue Konflikte schüren sollte. Einstweilen hatten die sächsischen Reformkräfte aber einen Etappensieg errungen und die vorzeitige Neubildung Sachsens durch alte Machteliten verhindert (Teil 3 folgt).

³ Vgl. auch das Kapitel »Wiedergründung des Freistaates 1989/90« in Eckhard Jesse/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.): Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014, S. 31–50. Das Standardwerk zur Thematik stammt von Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen, Göttingen 2004.
² Markus Schubert: Der Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen, in: Hans Bertram u.a. (Hrsg.): Systemwechsel zwischen Projekt und Prozess, Opladen 1998, S. 365.
³ Erich Iltgen: Von den Runden Tischen zum Parlament, in: Sächsischer Landtag (Hrsg.): 25 Jahre Sächsischer Landtag am 27. Oktober 2015, Dresden 2015, S. 24–39, hier S. 28.
⁴ Vgl. ausführlich Michael Richter (2004), S. 121–133, 160–170.
⁵ Vgl. Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bände, S. 1290; ausführlich ders. (2004), S. 184–208.
⁶ Vgl. Verfassung des Landes Sachsen. Textentwurf der Gruppe der 20, in: Die Union vom 29. März 1990.
⁷ Michael Richter (2004), S. 233.
⁸ Vgl. ebd., S. 251–261.

// Ausgabe der Zeitung »Die Union« vom 29. März 1990 // Foto: Landtag



VERFASSUNG DES LANDES SACHSEN (Textentwurf der Gruppe der 20)

I. Lebensgrundlagen, Mensch und Staat

Artikel 1
(1) Das Land Sachsen ist ein freier, demokratischer und sozialer Gliedstaat Deutschlands.
(2) Die Landesfarben sind weiß-rot.
(3) Das Landeswappen ist in von schwarz und gold schraffiertem Feld ein schrägrecht grüner Raum.
Artikel 2
Die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von 23. Mai 1949 festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte sind in Sachsen geltendes Recht.
Artikel 3
Das Volk in Sachsen bekennt sich außerdem zu dem unverletzlichen Menschenrecht auf Heimat.
Artikel 4
(1) Jeder hat in Sachsen das Recht, seinen Beruf, seine Tätigkeit und seine Erwerbsgrundlage frei zu wählen. Jeder hat ein Recht auf Arbeit. Ein Rechtanspruch auf eine Anstellung nach eigener freier Wahl kann hieraus nicht abgeleitet werden. Wer ohne Arbeitsvertrag in Anspruch auf Unterhalt für sich und seine Angehörigen.
(2) Jeder Arbeitsvertrag und dienstvertragliche Bestimmungen dürfen diesem Grundrecht nicht zuwiderlaufen.

III. Erziehung und Unterricht

Artikel 10
Das Land Sachsen unterhält keinen in Landesverantwortung liegenden Geheimdienst.
Artikel 11
(1) Der Sonntag ist in ganz Sachsen staatlich anerkannter Feiertag.
(2) Alle in allen deutschen Ländern gesetzlich festgesetzten Feiertage sind gesetzliche Feiertage in ganz Sachsen.
(3) Weitere Tage können durch Gesetz zu gesetzlichen Feiertagen für ganz Sachsen, zu gesetzlichen Feiertagen in einzelnen Landesteilen oder zu Feiertagen einzelner nationaler Minderheiten erklärt werden.
(4) Der 8. Oktober ist in ganz Sachsen als Tag des Nationalen Neubeginns ein gesetzlicher Feiertag.
(5) Wo gesetzliche Feiertage gelten, ist

Artikel 12
Schulpflichtige zu bestimmen, sofern das Lehrpersonal und die Qualifikation der Lehrkräfte den gesetzlichen Anforderungen des Landes Sachsen genügt und gegen wirtschaftliche und rechtliche Spaltung der Lehrkräfte gesichert ist.
Artikel 13
(1) Kirchen und Religionsgemeinschaften haben Zeit und Orte der Eintragung der Grundbuchpflicht, der sozialen Fürsorge und der Strafverfolgung, wenn sie Personen, die dort eingetragen sind, oder deren Angehörigen gewährt wird.
(2) Kirchen, Religionsgemeinschaften und Gefängnisvollzugsanstalten können Rechte in den Sitten des Strafvollzugs beanspruchen. Gemeindefürsorgeverfahren und Versagungsverfahren sind ein Gesetz.
(3) Die Wahlrechtsfrage der Kirchen, Religionsgemeinschaften sowie von freien Willkührvereinigungen wird gesondert, geschützt und gefördert.
Artikel 17
(1) Über kirchliches Eigentum können nur die Kirchen verfügen.
(2) Wo nach dem 7. Oktober 1949 an dem als im Sinne von Absatz 1 verfahren wurde, ergeben sich kirchliche Ansprüche.
Artikel 23
(1) An jeder Schule sind die Auszubildenden wissentlich in die Gestaltung des schulischen Lebens einzubeziehen.
(2) An jeder Schule haben die Erziehungsberechtigten durch geeignete Vertreter das Recht, an der Gestaltung und Arbeit der Schule mitzuwirken. Sie sind in allen die Ausbildung betreffenden Angelegenheiten auf Antrag zu hören. Sie

SERVICE

Potsdamer Begegnungen als Online-Konferenz

Am 25. Mai 2020 nahm Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner an den Potsdamer Begegnungen des Deutsch-Russischen Forums teil. Die Potsdamer Begegnungen versammeln seit 1999 regelmäßig hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur aus Deutschland und Russland. In diesem Jahr fanden sie erstmals als Online-Konferenz statt und standen unter dem Motto: »Deutschland-Russland-EU: Die Pandemie und ihre Auswirkungen für die Außen- und Sicherheitspolitik«.



Foto: Landtag

Sorbenrat startet in neue Legislaturperiode

Das sorbische Volk muss bei allen Entscheidungen des Parlaments zum Thema Sorben von Landtag und Staatsregierung gehört werden. Dies geschieht über den Rat für sorbische Angelegenheiten. Dieser hat sich am 7. Mai 2020 für die aktuelle Wahlperiode konstituiert. An der Sitzung nahmen unter anderem auch Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner sowie Staatsministerin Barbara Klepsch teil. Dem fünfköpfigen Gremium gehören Julian Nitzsche, Diana Scholze, Dawid Statnik, Marko Suchy und Marko Klimann an. In Sachsen leben rund 40 000 Sorben.



Foto: Landtag

Landtag für Besucher eingeschränkt geöffnet

Gruppenbesuche sind außerhalb der Plenarzeit im Neubau des Sächsischen Landtags wieder eingeschränkt möglich. Die Führungen unterliegen festgelegten Hygieneregeln. Eine Anmeldung beim Besucherdienst ist dazu erforderlich. Am 7. August um 16 Uhr können Besucher erstmalig wieder ohne Anmeldung an einer offenen Führung durch den Landtag teilnehmen. Ein Mund-Nasen-Schutz sowie ein gültiger Lichtbildausweis müssen mitgebracht werden. Bei weiterhin positiv verlaufendem Pandemiegeschehen soll der Landtag ab Ende August 2020 wieder regulär für Besucher geöffnet sein.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

15. – 16.07.2020
Beginn jeweils 10 Uhr
(Änderungen vorbehalten)

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:
01.09.2020
04.11. – 05.11.2020
15.12. – 18.12.2020

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132.

Der Sächsische Landtag ist für Besucher wieder offen, die Führungen unterliegen festen Hygieneregeln.

Offene Führungstermine 2020 (ohne Voranmeldung)
07.08., 04.09., 09.10., 06.11., 11.12. (16 Uhr, Bürgerfoyer)

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 16.06.2020

Gastautoren: Janina Wackernagel (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.